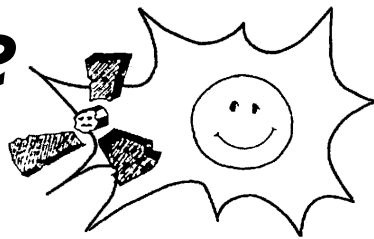


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

2/2015 Mai

Allianz der Anti-Atom-Staaten jetzt!

Wann, wenn nicht jetzt ist der beste Zeitpunkt, um einen Zusammenschluss der AKW-freien Staaten zu initiieren? Die Atom-Industrie hat eine Lobby; es wird Zeit, dass auch die Weltbewahrer eine bilden!

14 EU-Staaten haben keine AKWs. Das ist die Hälfte aller EU-Mitgliedsstaaten. Und jeder einzelne aus gutem Grund.

Das Thema ist von seiner Natur her ein staatenübergreifendes und also in einem größeren als einem nationalstaatlichen Kontext zu behandeln. Die EU bietet sich als Rahmen dafür an.

Österreich könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen: Wir haben ja dem Vernehmen nach in Brüssel schon einen entsprechenden Ruf; aber anstatt immer nur „dagegen“ zu sein, **könnte Österreich mit einer in mehrfacher Hinsicht konstruktiven Initiative Furore machen: Die Bildung einer Allianz der EU-Mitgliedsstaaten, die sich dezidiert gegen den Betrieb von AKWs aussprechen und sich für dieses Ziel einsetzen.**

Hätte es diese Anti-Atom-Allianz schon letzten Herbst gegeben, wäre die Abstimmung über die Subventions-Erlaubnis für Hinkley Point C anders ausgefallen (diese Abstimmung an einem der letzten Tage der alten EU-Kommission fiel, wie erinnerlich, sehr knapp zugunsten der Subventions-Erlaubnis aus; wir berichteten). Dass Atomkraft zu den förderungswürdigen Energieformen zählen soll, widerspricht eindeutig dem Grundsatz, dass nur erwünschte und zukunftsträchtige Energieformen ausnahmsweise gefördert werden dürfen, die anderen Technologien sich aber wie die sonstigen Wirtschaftsgüter am freien Markt bewähren müssen. **Die darauffolgende Ankündigung Österreichs, gegen diese Entscheidung der EU-Kommission Klage einzureichen** (was demnächst geschehen wird, da die formalen Voraussetzungen nun gegeben sind), **hat bei der britischen Regierung offensichtlich einen wunden Punkt getroffen:** In der Reaktion des britischen Premierministers war gar von einer „Bedrohung“ durch Österreich zu lesen (!).

Wenn also die Atomlobby es schafft, dass die Kommission von einem der heiligsten Grundsätze der EU, nämlich dem des freien Spiels der Marktkräfte, so eklatant abweicht, ist es sehr

Gemeinsam sind wir stark!



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

hoch an der Zeit, dem ein Gegengewicht in Form einer „Allianz AKW-frei“ entgegenzusetzen.

Es gab schon früher Versuche in diese Richtung: Der ehemalige Umweltminister Berlakovich startete unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima eine Anti-Atom-Initiative und lud Regierungsvertreter von AKW-freien EU-Staaten nach Wien ein. Die Resonanz auf diese Initiative war aber schwach, das Projekt kam nicht zustande.

Noch früher gab es „KOALA“, eine von der Salzburger PLAGE ins Leben gerufene „Koalition der atomkraftfreien Länder“, aber auch diese Bewegung konnte nicht den gewünschten Erfolg erbringen, leistete aber wichtige Vorarbeit.

Österreich ist mit dem Wunsch einer solchen Initiative nicht allein. Luxemburgs Umweltministerin Dieschbourg war vor kurzem in Wien; bei einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit Minister Rupprechter bekräftigten beide den Willen zur Zusammenarbeit in diese Richtung, besonders was eine Klage gegen die Entscheidung der Kommission betrifft.

Wichtig ist auf jeden Fall, dass Österreich an dem Thema dran bleibt. Es ist einer der aussichtsreichsten Wege zu einem Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb der EU und dann weltweit! Hoffentlich brauchen wir zum Aufwachen aus der Untätigkeit keine atomare Katastrophe im Herzen Europas!

Tschernobyltag 2015



Am 24. 5. 2015 versammelten sich über 40 Mitglieder und SympathisantInnen der Wiener Plattform Atomkraftfrei vor dem Bundeskanzleramt und später vor dem Außenministerium zu einer Protestkundgebung. Das Motto lautete: **Jedes AKW kann eine neues Tschernobyl werden!** Deshalb fordern wir unsere Politiker auf, ihre volle Kraft einzusetzen, um die Bedrohung Österreichs durch geplante AKW-Neubauten und durch Atommüllendlager nahe der österreichischen Grenze abzuwenden. In unseren Briefen an Bundeskanzler Faymann und Außenminister Kurz brachte die

Wiener Plattform auch den Wunsch des Großteils der österreichischen Bevölkerung nach einer aktiven Antiatompolitik zum Ausdruck. In vielen Gesprächen mit Passanten kam die Betroffenheit über die nach 29 Jahren noch immer bestehenden Folgen durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum Ausdruck.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen: **Wenn der „Sarkophag von Tschernobyl“ (der neu zu bauende gigantische Schutzbau aus Stahl und Beton) nicht fertig gebaut wird, droht der Ukraine und Europa eine neue Atomgefahr!** In der vom Krieg schwer getroffenen Ukraine wollen nämlich Atomlobbyisten das Geld, das von den G7-Staaten und der EU für die Schutzhülle gedacht ist, heimlich für die Reaktivierung von anderen Schrottreaktoren abzwängen. (Kronen-Zeitung, 26. 4. 2015).

Vier Jahre nach Beginn der Katastrophe in Fukushima

Vier Jahre nach Beginn der atomaren Katastrophe versuchen Wissenschaftler, wieder Leben in die Dörfer um Fukushima zu bringen. Wegen der Strahlung dürfen die Bewohner aber nur tagsüber bleiben.

Die Regierung ließ als Dekontaminierungsmaßnahme die obersten fünf Zentimeter Boden abtragen, da das radioaktive Cäsium 137 lange auf der Erdoberfläche bleibt. Sie wurde in Plastiksäcke gefüllt, was mit ihnen geschehen soll, ist unklar. Das Dorf Iitate lebte vor der Katastrophe von der Landwirtschaft. Nun wird untersucht, ob hier wieder Reis und Gemüse angebaut werden können. Zweimal im Jahr kommen Professoren des Instituts für Agrarwissenschaften in Tokio zu den Bauern, gemeinsam pflanzen sie Reis an. Nach der Erntezeit werden Ertrag und Strahlenwerte gemessen. Das Dosimeter, das jeder Besucher bei sich trägt, zeigt nach der siebenstündigen Bepflanzungsaktion eine Strahlendosis wie nach einer Röntgen-Untersuchung, erklärt der 74-jährige Physiker (Name!). Jedes Wochenende reist er mit Mitstreitern seiner von ihm gegründeten Organisation in die verstrahlten Gebiete, sie dokumentieren die Strahlenbelastung, führen Dekontaminierungsmaßnahmen durch und eruiieren, wo und unter welchen Bedingungen eine Rückkehr möglich sein könnte.

Im Februar wurde am havarierten Atomkraftwerk ein neues Leck geortet, durch das hoch radioaktives Wasser ins Meer gelangt ist. Werte bis zu 70 Prozent über den ohnehin hohen Belastungswerten des Komplexes wurden von den Sensoren gemessen,

teilte die Betreiberfirma Tepco mit. Das Leck konnte geschlossen werden.

Vor der Küste Nordamerikas haben Forscher im Pazifik radioaktives Cäsium 134 vom Atomunfall in Fukushima nachgewiesen. **Trotzdem setzt die japanische Regierung weiterhin auf die Atomenergie, bis 2030 sollen bis zu 22% des Energiemixes aus Atomstrom bestehen,** teilt die japanische Wirtschaftszeitung „Nikkei“ mit. Noch sind zwar die 48 Reaktoren des Landes abgeschaltet. Vier Reaktoren haben aber bereits grünes Licht für die Wiederaufnahme des Betriebes bekommen, da sie die verschärften Sicherheitsauflagen erfüllt haben.

Das unabhängige japanische Institut für Nachhaltige Energiepolitik ISEP errechnete, **dass Japan bis 2050 von Energie-Importen unabhängig sein könnte, wenn es heute die Weichen Richtung Grüne Energie stellte.** Auch andere Organisationen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Japan ist von Wasser umgeben, Winde blasen kräftig und auch die Erdwärme kann genutzt werden, weil Japan auf dem sog. Pazifischen Feuerring liegt. (Die Presse, 8. u. 11. März; 7. April 2015, Kurier, 26. Februar u. 9. April 2015)



Gespräch der Wiener Plattform mit Luxemburgs Umweltministerin Carole Dieschbourg und Österreichs Umweltminister André Rupprecht. Thema: „Allianz Atomkraftfrei“ und verstärkte Information der Bevölkerung der an Österreich angrenzenden Staaten über die Gefahren der AKWs und der Lagerung des Atommülls. Siehe auch unsere Titelgeschichte und das Interview auf Seite 4.

Diabetikerschulung für Jugendliche in Minsk



Die Nachfrage nach Diabetikerschulungen ist enorm und wegen des medizinischen Aufwandes auch kostspielig! Deshalb kommt wieder die Bitte aus Minsk, eine Diabetikerschulung finanziell zu unterstützen. Eine Eltern-Kind-Schulung konnte heuer Ende April stattfinden, und eine Jugendschulung im März. Eine dreitägige Eltern-Kind-Schulung für sechs Familien mit Kindern zwischen drei und zehn Jahren und eine ebenso lange Schulung für 20

Jugendliche zwischen elf und sechzehn Jahren sind in Vorbereitung. Die Familien und Jugendlichen erhalten auch eine intensive Nachbetreuung, in der die Handhabung überprüft und eventuelle Fehler besprochen werden.

Zur Zeit ist in Weißrussland die wirksame Heilbehandlung von Diabetes ohne entsprechende Schulung der Patienten nicht möglich. **Ausgebildete Patienten, die die Information über ihre Erkrankung haben, sind für eine qualitative Selbstkontrolle motiviert. Das verbessert die Lebensqualität, verlängert die Lebensdauer, vermindert die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung von Komplikationen und gibt die Möglichkeit, trotz Diabetes ein aktives Leben zu führen.**

Ziel der Projekte ist es, zur körperlichen, seelischen und sozial aktiven Entwicklung der diabeteskranken Kinder beizutragen.

Helpen auch Sie mit, den Jugendlichen von Minsk eine gute Lebensperspektive zu eröffnen!

Spendenkonto: PSK KNR 930 22 985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

Aus der Ukraine erreicht uns folgender **Dankbrief** (wir zitieren auszugsweise):

Wir möchten **allen unseren Helfern der Wiener Plattform Atomkraftfrei** in diesen schweren Zeiten unsere tief empfundene Dankbarkeit ausdrücken. Durch **Ihre großzügige Hilfe von € 2.000,-** konnten wir um € 180 das Beatmungsgerät für Neugeborene reparieren, und um € 90 den Inkubator für Frühgeborene. Dadurch war es möglich, drei Babys das Leben zu retten, die ohne diese Apparate nicht überlebt hätten. Ein weiteres Baby konnten wir ebenfalls durch Ihre Hilfe retten, weil wir noch eine Dosis Curosurf (lebensrettendes Medikament für die Lungenreife Frühgeborener) hatten, die wir vor einem Jahr dank Ihrer Hilfe kaufen konnten.

Liebe Leserinnen, liebe Leser! Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und **überweisen Sie uns eine Spende**. Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir leider aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid ...!

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Besuchen Sie uns auf unserer Website:
www.atomkraftfreiezeitung.at

Unter den jetzigen Umständen Curosurf zu kaufen ist leider nicht mehr möglich.

Weil es auch in Zukunft keinerlei normale Budgetfinanzierung geben wird, bitten wir Sie um die Erlaubnis, das was wir von Ihrer Spende übrig haben für Sauerstoff, Waschmittel und Hygieneartikel verwenden zu dürfen.

Mit Dankbarkeit und Respekt,
Frau Dr. Ludmilla Tsarenko
Chefärztin der Geburtsklinik in Anratsit

Ein ganz, ganz herzlicher Dank an alle SpenderInnen!

Achtung – online-Petition gegen zwei neue Reaktoren in Paks!

Bitte unterschreiben und weitersagen! Hier der link:
<http://bit.ly/1dVMc4T>

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2015. Auch Spenden nehmen wir dankend an!

Kurz und wichtig

Vier neue Atomreaktoren in Tschechien!

Die kürzlich beschlossene tschechische Energie-Strategie sieht u.a. die Erhöhung des Atomstrom-Anteiles von rund 30% auf mehr als 50% vor. Die dafür nötigen Reaktoren sollen in Temelín und Dukovany (60 km resp. 30 km von der österreichischen Grenze entfernt) gebaut werden. (Kurier, 24. 5. 2015)

Deutsches Bundesland verschärft Regeln für Lagerung von Atommüll

Kiel: Mit strengeren Vorgaben für die Betreiber will Schleswig-Holstein die Sicherheit bei der Zwischenlagerung von schwach- bis mittelradioaktiven Abfällen erhöhen. Die Überwachung durch die Atomaufsicht setzt künftig bereits beim Befüllen der Behälter ein. Die Lagerstätten sollen jährlich inspiziert werden, die Behälter alle vier Jahre. Rostschäden, wie sie derzeit schon beobachtet werden, lassen sich nach Einschätzung der Experten aber nie ganz verhindern. (FAZ.net, 3. 5. 2015)

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei im Außenministerium



Außenminister Sebastian Kurz staunte über die 3000 Unterschriften, die ihm die Wiener Plattform Atomkraftfrei am 9. 3. 2015 überreichte. Er versicherte uns, dass die österreichische Bundesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gegen die Neuerrichtung von AKWs und Atommülllagern ausschöpfe. Ein Zusammenschluss von atomkraftfreien und atom-ausstiegswilligen Ländern könne durch eine Konferenz in Wien angestoßen werden. Wir sind gespannt.

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei im Gesundheitsministerium

Wir sprachen am 16. 2. mit Kabinettsmitglied Mag. Florian Fellingner und Mag. Manfred Ditto über gesundheitliche Gefahren für die österreichische Bevölkerung z.B. durch Atommüll-Endlager in Grenznähe (Tschechien!); wir hörten von den Notfall-Plänen der Regierung und der Informationskette im Fall einer radioaktiven Kontamination von Luft und/oder Boden in Österreich; auch, dass es auf EU-Ebene seit der Katastrophe in Fukushima einen ständigen Toxikologie-Ausschuss gibt, der im Anlassfall zusammentritt.

Thema aktuell



Mag^a. Hanna Nekowitsch, Sprecherin der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“

Allianzen schmieden!

Redaktion: Die Wiener Plattform Atomkraftfrei regt die Gründung einer Allianz der atomkraftfreien und ausstiegswilligen Staaten in der EU an. Wie wichtig ist so ein Zusammenschluss?

Hanna: Eine solche Allianz auf politischer Ebene ist sehr wichtig und ist uns daher ein großes Anliegen! Während die Atomlobby bestens organisiert ist, sind die Atomkraftgegner meist Einzelkämpfer. Österreich hat diesbezüglich einen schweren Stand in der EU und hat wegen seiner atomkritischen Äußerungen oft einen schweren Stand.

Red.: Trotzdem wird Österreich beim Europäischen Gerichtshof gegen die Subventionierung von Hinkley Point C Nichtigkeitsklage einbringen, man kann also auch alleine etwas tun. Wozu brauchen wir also Allianzen?

H.: Wenn wir bedenken, dass 14 von 28 EU-Ländern keine Atomkraftwerke betreiben, liegt der Schluss nahe, dass die Abstimmung über die Subventionen für Hinkley Point C anders ausgefallen wäre, wenn es diese „Allianz Atomkraftfrei“ schon gäbe! **Damals haben vier Länder dagegen gestimmt: Österreich, Dänemark, Slowenien und Luxemburg;** einige AKW-freie Länder waren nicht anwesend, Deutschland hat sich der Stimme enthalten! **Mit einer Mehrheit der Gegenstimmen hätte sich die Klage erübrigt.** Auch Luxemburg unterstützt die Klage, was sehr erfreulich ist. Wenn es gelingt, mehrere AKW-freie Länder ins Boot zu holen, könnte dadurch eine schlagkräftigere Anti-Atom-Politik möglich werden.

Red.: Wie kann das gelingen?

H.: Unsere Politiker müssen immer wieder versuchen, solche Kontakte zu knüpfen, und Überzeugungsarbeit leisten. **Österreich kann hier einmal mehr eine Vorreiterrolle einnehmen im Sinne einer zukunftsweisenden Energiepolitik und eines Atomausstiegs!**